

Ercheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.  
Redaction und Expedition  
Johannstraße 23.  
Sprechstunden der Redaction:  
Bis Mittags 10-12 Uhr.  
Nachmittags 4-6 Uhr.  
Die die Redaction empfangen Manuscripte nach 10  
die Redaction nicht mehr.

Manne der für die nächstfolgende  
Nummer bestimmten Inserate an  
Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags,  
an Sonn- und Festtagen früh bis 9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:  
Otto Klemm, Unterlindenstraße 23,  
Leipzig, Katharinenstraße 18, p.  
nur bis 1/3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

## und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 10,000.  
Abonnementspreis viertel. 4/4 Mk.,  
halb. 8/8 Mk.,  
jährlich 16/16 Mk.  
Durch die Post bezogen 18 Pf.  
Die einzelnen Nummern 10 Pf.  
Schleiers für Extrablätter  
ohne Postgebühr 30 Pf.  
mit Postgebühr 40 Pf.

Inserate Geschäftsstelle 20 Pf.  
Bestere Schriften laut unserem Preis-  
verzeichnis.  
Kaufschaffte Weg nach Leipzig.

Klaimen unter den Redaktionsbrief  
die Geschäftsstelle 20 Pf.  
Sofort nach dem Anzeiger zu  
haben. — Rabatt wird nicht gegeben.  
Zahlung pro Monat oder durch Post-  
nachnahme.

Nr. 195.

Donnerstag den 14. Juli 1881.

75. Jahrgang.

### Amtlicher Theil.

#### Bekanntmachung.

##### Fernsprechverbindungen für Leipzig.

Durch Verfügung des Herrn Staatssecretärs des Reichs-  
Postamts ist es ermächtigt worden, mit der Einrichtung des  
Fernsprechnetzes für den Privatverkehr in Leipzig vorzu-  
gehen, sobald von einer genügenden Anzahl von Teilnehmern  
bindende Erklärungen vorliegen.

Die Herren Lindemann, Flaig, Wendt mit  
Kreuzfeld, Schönefeld, Zellerhausen und Neu-  
felderhausen, Gohlis und Grotzsch werden in das  
Fernsprechnetz für Leipzig mit aufgenommen.

Die Herren Lindemann, Flaig, Wendt mit  
Kreuzfeld, Schönefeld, Zellerhausen und Neu-  
felderhausen, Gohlis und Grotzsch werden in das  
Fernsprechnetz für Leipzig mit aufgenommen.

Die Herren Lindemann, Flaig, Wendt mit  
Kreuzfeld, Schönefeld, Zellerhausen und Neu-  
felderhausen, Gohlis und Grotzsch werden in das  
Fernsprechnetz für Leipzig mit aufgenommen.

Die Herren Lindemann, Flaig, Wendt mit  
Kreuzfeld, Schönefeld, Zellerhausen und Neu-  
felderhausen, Gohlis und Grotzsch werden in das  
Fernsprechnetz für Leipzig mit aufgenommen.

#### Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

Walter.

#### Bekanntmachung.

Es soll ein neuer Fahrweg von der Kreuzung des Post-  
wegs und Stettinerweges in Neudorf nach der Eisenbahn-  
Haltestelle des alten Döbberner Bahnhofs angelegt werden.  
Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten  
liegen im Rathhaus, 2. Stock, Zimmer Nr. 14 aus und  
wenn dieselben eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:  
„Verb. der Macadamisirungsarbeiten der  
Kreuzung des Döbberner Bahnhofs“  
bezeichnet und müssen bis zum 20. Juli d. J. Nach-  
mittags 5 Uhr abgegeben werden.

#### Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi, Secretär.

#### Bekanntmachung.

Der von und zum Verkauf des an der Ecke der  
äußeren Fregestraße und der Straße an der alten  
Eiserne gelegenen Bauplatzes Nr. 24 des betreffenden  
Versteigerungsprotokolls am Donnerstag den 13. dieses  
Monats abend 8 Uhr im Rathhaus, 2. Stock, Zimmer  
Nr. 14 wieder ausgeben.

#### Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi, Secretär.

### Nichtamtlicher Theil.

#### Leipzig, 14. Juli.

Die sommerliche Schwüle scheint auch die Parteilage zu  
beeinflussen. Zu jeder Zeit oder ist in den Wahlkampf  
die Frage gewesen worden, wie sich die Parteien auf die  
nationale Sache auf der liberalen und auf der conser-  
vativen Seite gegen einander abmessen. Damit ist endlich  
einmal ein großer Entscheidungspunkt wieder in den Vordergrund  
getreten, der aber der schlichten und klaren Worte der  
Heinrichen, emporgehenden Interessen der Nation fast  
übersehen war. Die conserervative Presse konnte den Klären  
keinen größeren Gefallen erweisen, als daß sie die Frage  
aufwarf:

Die conserervative Presse hat es fertig gebracht, dem Libe-  
ralismus sein Verdict um die Frage des nationalen Gedankens  
und seine Verwirklichung abzusprechen. Es wird selber im  
Ende nicht glauben können, daß der Liberalismus sich ver-  
lassen wird, mit ihr darüber noch erst zu reden. Nach der  
wenigen Jahren würde Debermann, daß der nationale Geist,  
welcher wie mit elementarem Gewalt das mächtige Deutsche  
Reich unter den europäischen Nationen aufbaute, seine Quelle  
nirgend anders als im liberalen deutschen Bürger-  
thum hatte. Wir wollen gar nicht in Abrede stellen, daß  
die nationalen Vorkämpfer des Liberalismus sich ebenso  
unaufrichtig und unaufrichtigen Idealen erst haben herausarbeiten  
müssen, wie seine Freiheitliebhaber, und daß in den  
besten Schichten der liberalen Bevölkerung, wenn auch nicht  
so in den Kreisen ihrer politischen Führer, im Allgemeinen  
noch in dem Momente diese Unklarheit überroch, als die  
Männer der That herrschend gekommen und am Werke waren.  
Das eigene schmerzliche Verdict dieser Männer hat der  
Liberalismus niemals verkannt, er hat sie als die wahren  
statistischen Begründer der nationalen Einheit stets hoch-  
gehalten; die Populäre, die unerschütterliche Macht, welche  
Herr Schönermann, der Liberalismus hat sie ihm  
auf den Ohren entgegen getragen — selbstlos genug, wie  
man jetzt sieht. Warum aber braucht der Liberalismus sich  
das heute und unerschütterliche Verdict nicht nehmen zu  
lassen, daß sein Geist es war, der unter der Führung dieser  
Männer die Schicksale gegen den Erbfeind schlug, der das  
Reich aufgerichtet und gefestigt hat.

Wir glauben, wenn Einer sich dessen bemußt ist, so ist es  
der Angler selber, der wohl wissen wird, warum die Zeit,  
in welcher diese Dinge geschahen, eine Zeit war, in welcher  
„liberal regiert werden mußte“. Jetzt ist das Alles nicht  
mehr vorbei, sondern wird nicht mehr wahr. Wir leben sehr  
schnell. Es ist das Zeichen einer sehr lebhaften Zeit, in welcher  
gegenüber der Autorität eines einzigen mächtigen Mannes  
jede andere Autorität, auch die Autorität der öffentlichen  
Thatsachen, misachtet wird, daß man der historischen Wahr-  
heit ungenügend im Gedächtnis hält. Jetzt sind die Con-  
servativen die wahren Vertreter des nationalen  
Gedankens und die Nationalliberalen sollen  
nur ihr überflüssiges „national“ fortlassen.

Wir glauben, sie werden sich doch befinden, ehe sie das  
thun. Wer sich die Dinge recht ansieht, der wird vielleicht  
gerade an diesem Punkte das Pentagramma erkennen, an  
welches man mit allen Verjahren einer Annäherung von  
rechts her mit Rücksicht auf die Freiheit, wie in diesen  
Punkte der unerschütterlichen Gegenseitigkeit gegen die Politik der  
fortschrittlichen Partei sich am schärfsten markiert. Die Conservativen  
haben — Das wollen wir gar nicht leugnen — nicht umhin  
gekommen, mit der Zeit mitzugehen, und sie haben auf dem  
Wege der einmal gegebenen Thatsachen auch ihre nationalen  
Verdienste erworben; so wenig sie aber dadurch Vertreter  
eines wahrhaft constitutionellen Geistes geworden sind, daß  
sie den Radicalismus seine Demagogik abspiegeln  
haben, so wenig sind sie dadurch Vertreter eines wahrhaft  
nationalen Geistes geworden, daß sie auf die Werte ihres  
Vaterlandes Rücksicht thun, als das höchste Reichthum ver-  
schätzen. Trotz aller nationalen Klänge fallen sie doch  
immer wieder in die Hände des Particularismus,  
eines antinationalen Reichthums und  
des beschränkten Sonderinteresses.

Diese conservativen Aenderungen nicht weiter als die  
Gicade, „die immer steigt und fängt und gleich im  
Orde ihr altes Liedchen singt“. Und kann es, wie gesagt,  
nur recht sein, wenn der nationale Gedanke mit möglicher  
Entschiedenheit in dem Wahlkampf der Parteien betont wird;  
dann wird sich die vernünftige Lage bedeuten lassen. Der  
politische Blick unseres Volkes ist im Augenblick leider nur zu  
sehr getrübt durch eine an alle selbstthätigen Interessen ap-  
pellirende Wählerlei. Wird eine politische Demokratie aufgeführt,  
dann wird es für die Vertheilung der Parteien ein un-  
befangenes Urtheil wieder gewinnen, und die politische Moral  
der Nation wird sich dabei besser finden.

Heute, am 14. Juli, ist das „Friedensgesetz“ des  
Herrn v. Puttkamer ein Jahr in Kraft; es hat ein sehr  
bedeutendes Leben geführt, von dem die Welt so gut wie  
Nichts weiß; es hat seine Wirksamkeit von vornherein  
nicht so hoch veranschlagt, da es dieselbe nur auf eine sehr  
kurze Periode beschränkt hat. Aber sogar innerhalb der selbst-  
gegrenzten Schranken war und blieb es rechtlich schädlich.  
Diejenigen, welche von dieser einzigen gesetzgebenden That  
des Herrn v. Puttkamer das Meiste sagen wollen, sind der  
Meinung, sie ist höchst überflüssig gewesen. — Inzwischen  
auch ein überflüssiges Gesetz ist ein Schaden, und daß es  
in der That schädlich gewesen ist, daß es seinen  
Vertheilungswert absetzt verleiht, dafür gibt es kein  
vollständigeres Zeugnis, als daß die Vertheilung von Staat und  
Gut heute genau in derselben Vertheilung und Un-  
gleichheit sich befinden wie vor 12 Monaten — es ist kein  
Wort, daß man die Erneuerung der Vertheilungswörter in Paderborn  
und Quabrid, die in Wahrheit ein Erfolg des Nationalen  
war, als einen Erfolg des Herrn v. Puttkamer ansehen will.  
Das Treffliche, was aus dem sogenannten Friedensgesetz  
geleitet werden kann, hat der Abg. Dr. Hall bei seiner  
Berathung im Abgeordnetenhaus gesagt: Schon die  
Tatsache der Einbringung der Vorlage ist  
ein unerklärlicher Verstoß an staatlicher Autorität, der selbst  
durch eine parlamentarische Redebildung des Entwurfs nicht  
wieder gut gemacht werden kann. So dürfte selbst Herr  
v. Puttkamer diesen absonderlichen Gedanken des 14. Juli  
mit sehr gemilderten Gefühlen begehen, in denen die Gesinnung  
über das geleistete Werk den geringsten Zweifel einnimmt.  
Wenn aber überhaupt Jemand Anlaß hat, sich über das Ver-  
halten des Herrn v. Puttkamer zu freuen, so ist es das Centrum.  
„Das ist unser Wahlgesetz, mit dem wir in die politische  
Wahlgesetzgebung einbringen“. — So meinte dieser Tage ein  
wielgenannter ultramontaner Journalist, als in einem Privat-  
gespräch die Rede auf das französische Nationalgesetz des 14. Juli,  
den Jahrestag des Revolutionenbeginns kam. Keiner fand sich  
Niemand und konnte sich Niemand finden, der ihm nachwies,  
daß er Unrecht hätte.

Die „Post“ hat sich bisher befreit gezeigt, darauf hin-  
zuwirken, daß eine Annäherung zwischen den Gemäßig-  
ten Liberalen und den Gemäßigten Conservativen gründe  
würde, um der Regierung eine gemäßigtere parlamentarische  
Möglichkeit als gewöhnliche Stütze für eine heilige Politik zu  
geben. Es ist bemerkenswerth, daß das conserervative Blatt  
heute, an die liberalen Vereinigungsbestrebungen anknüpfend,  
schreibt: „Wir aber, wir Conservativen aller Schat-  
tungen, sollten von einem solchen Behalten lernen und  
auch andererseits alle Unterthänigkeit bei dem Wahlkampf so viel  
wie nur möglich vergessen.“ Das klingt eigenartig, wenn  
man sich den in der Berliner „antifortschrittlichen“ Bewegung  
erst ganz kürzlich entbrannten Zorn des Herrn v. Puttkamer  
denkmalig Herr v. Puttkamer ist aus der Gedächtnis, in  
welche er gegangen war, um die „antifortschrittliche“ Agitation  
daran zu zerstreuen, noch nicht wieder herausgefunden.  
Die Conservativen scheinen ja nach der obigen Äußerung  
den „Post“ auf dem besten Wege, demnach ganz und gar  
in der extrem-reactionären Gedächtnis zu verstreuen. Das  
wäre natürlich zu bedauern; denn die gemäßigten Ele-  
mente der liberalen und der conservativen Partei sind mehr  
denn je verpflichtet, dem Demagogentum den links und  
rechts, den Fortschrittlichen, Particularisten, Socialisten,  
Ultramontanen und Hoch-Toristen, verläugert entgegenzutreten.

Nachträglich verlässt jetzt noch ein privater, aber guter  
Quelle, daß in der gegen den Schluß der Reichstags-  
session abgehaltenen letzten Fractionssitzung der Ultra-  
montanen, in welcher das Programm der Partei für die  
kommenden Wahlen eingehend besprochen wurde, u. a. auch  
die Stellung gegenüber der antifortschrittlichen Bewegung  
einen Gegenstand der Besprechung bildete. Es wurde lebhaft  
Rage darüber geführt, daß man sich in einzelnen Gegenden  
außer Berlin, besonders in Breslau und überaus viel Schließen,  
wie ja weit in die Agitation eingelassen hätte und Ge-  
fahr laufe, alle Selbstthätigkeit zu verlieren, und es  
würde besonders von den Führern der Partei aus dem  
westlichen Deutschland betont, daß das Verbot gegen die  
Juden, das man in den Rheinländern auch bei den un-  
terschiedlichen der katholischen Bevölkerung gar nicht ver-  
ständlich finde, ein Ende nehmen müsse. In diesem Sinne  
besaß die Fraction, daß diejenigen Abgeordneten, welche der  
Parteipresse naheständen, ihren Einfluß auf dieselbe anzuwen-  
den hätten, um vor einem Weitergehen auf dem verkehrten  
Wege zu warnen. Selbst in dem auch die Haltung ver-  
jüngten katholischen Blätter, welche sich anfänglich an der  
Depe beteiligten hatten, eine wesentlich andere geworden, und  
in Breslau z. B. ist es schon so weit gekommen, daß die

„Schlesische Volkszeitung“ die antifortschrittliche Agitation ener-  
gisch bekämpft und die ultramontane Partei ein Zu-  
sammengehen mit den Conservativen bei den Wahlen nach-  
drücklich abgelehnt hat. Jetzt vermag selbst die Behauptung nicht  
mehr, daß die Juden den Culturkampf in Scene gesetzt hätten,  
mit der man die ultramontanen Wähler gewinnen wollte,  
und ein katholischer Blatt, die „Kön. Volkszeitung“, antwortet  
geradezu auf derartige Behauptungen der Führer mit Entsetzen: „Ein  
solcher „auch katholischer“ schlechter Wagnis, der in der Partei  
Widmard“ sagt, trägt keine Schulte am Culturkampf als die  
gelammte Judenheit des Landes. Bei solcher Stimmung  
ist es denn nicht zu verwundern, daß Herr Greiner in der  
katholischen Presse absolut keinen Vertheiliger findet, und  
nach einem Herbergsuche in „Deutsch Tagbl.“, wo er sich  
nicht scheut, ganz in der Manier der Officiellen  
des Abgeordneten Wundtberg u. A. der Conspiration  
mit Herrn Gohlis zu zeihen, wird es nicht mehr lange  
dauern, daß er formell aus der Partei ausgeschlossen wird.“

Mit der Entschaffung der Posten Düppel-Sonder-  
burg wird nach der „Post“ so bald wie möglich be-  
gonnen werden. Der Militärminister ist nicht nur mit der  
Stadt Zwickau, sondern auch mit den früheren Besitzern  
der Düppeler Festungsarbeiten in Verbindung getreten, und  
die Rückgabe derselben würde bereits erfolgt sein, wenn nicht  
die Bauern für die Entschaffung der Düppeler Schanzen eine  
jedenfalls erhebliche Entschädigung gefordert hätten. Bei der  
für den Ausbau der Düppel-Sonderburger Befestigungen aus-  
geworfenen Summe sind 17 Millionen nicht veranschlagt wor-  
den. Diese sollen jetzt zunächst für Kiel verwendet werden.  
Der Plan besteht, auf diesem Wege eine Festung ersten  
Ranges zu machen. Für die neue Fortification ist dort  
bereits ein genügendes Fund erworben, und mit den  
Fundamenten sind demnächst begonnen werden. Man  
darf übrigens mit Bestimmtheit annehmen, daß die  
Pläne für die Erneuerung der Festung bereits in allen  
Einzelheiten feststehen. Es ist irrig, wenn man glaubt,  
daß der Kaiser bei Gelegenheit des Friedenscongresses  
an Ort und Stelle die definitive Entscheidung treffen werde;  
sie ist bereits getroffen. Die endliche Entscheidung in  
Düsseldorf freuen sich, daß die Düppelstellung aufgehoben ist,  
aber politisch auszuheben vermögen sie das Ereignis nicht.  
Wenn es irgend etwas beweist, so ist es das, daß die Regierung  
keine Vertroterin auf die Vollständigkeit und gute Nachbarschaft  
Zwickauer setzt. Das Aufgeben der Düppelstellung heißt,  
daß das mächtige Deutschland dem neuen westlichen Welt-  
kampf am Ende die Hand zu einem fremdschicksaligen Ver-  
hältnisse weit entgegenstreckt. Wenn man diesen annimmt,  
daß die Angelegenheit des Nord-Ostsee-Canal mit der  
Rückbefestigung der Düppelstellung zusammenhängt, so glaubt  
man das nicht. Zunächst gestaltet sich die Frage so, daß die Ver-  
theilung auf den bestehenden schlesisch-böhmischen Canal  
und seine Einmündung in die Bucht von Zwickau der Räder  
Hafen profunden Belieben und freier Willkür nachkommen  
müssen. Die Rückführung der Düppelstellung für seine Trance  
in Verbindung gebracht und sie wird wahrscheinlich gemacht werden  
aus natürlichen, militärischen, technischen und politischen In-  
teressen. Vorläufig hat die Pörs, das äußerste Ende des  
Räder Hafens, in Verbindung gebracht, der aber dort für eine  
große Schiffsanfrage wohl zu eng ist. Ueberdies müßte  
der Canal ganz gerade durch die dominirenden Höhen bei  
Gardes gehen, die sicher alle wesentlichen Stützpunkte für die  
südwestlichen Forts dienen werden.

Man begründet und von sehr unterrichteter Seite alle  
jene Ausführungen als völlig unangebracht, welche eine Ge-  
schlechter der Posten des Staatssecretärs Dr. Stephan  
andenken. In dieser Hinsicht sind die Wünsche der Agrarier  
den Thatsachen im Allgemeinen vorausgesetzt. Für eine  
Stephanische liegt um so weniger Anlaß vor, als sich der  
Feiter unerschütterliches seit Jahren mit merkwürdiger Ge-  
stimmtheit auf das rein Technische seines obersten sehr un-  
politischen Wesens bezieht. Ein geistigvolles, wie aus  
Tageslicht gekommenes Schriftthätigkeit, das in ein paar hundert  
Paragraphen die Schwereigkeiten dieses schwierigen Themas  
aus der Welt schaffen sollte, war die letzte politische That  
des Herrn Stephan.

Der bisherige bairische Abg. Dr. Jörg, Reichard auf  
der Traubnig, hat sich am Sonntag von seinen Landesherrn  
Wählern mit einer Rede verabschiedet, welche in vielen  
Punkten auch für das nichtbairische Deutschland von hohem  
Interesse ist. Die „Nat.-Ztg.“ erzählt von ihrem Wändener  
Correspondenten folgenden Bericht:

Er, sagt Dr. Jörg, mag und mühe gemacht und wolle  
sich bei nachlässigen Kräften auf den parlamentarischen Redner  
nicht überleben. Die Angriffe in der Presse — er meine damit  
nicht der liberalen, denn in dieser finde er die Angriffe ganz in  
der Ordnung — sondern jener der extrem-katholisch-bairischen  
Blätter, einer Presse, die unaufrichtig sei, hätten ihn eben-  
falls verleidet, seine parlamentarische Thätigkeit sonderbar.  
„Diese Presse der Extremen ist eine Schande für die katholische  
Kirche, eine Schande für das Land.“ Von dem von ihm, als dem  
Führer der patriotischen Partei in der Kammer, verlangt, daß er  
das Ministerium führen sollte: es lasse sich aber aus den Erfahrungen,  
die er gemacht habe, der Schluß ziehen: Wenn eine Coalition in  
der bairischen Kammer einen Minister befehlen würde, dann brauche  
er das eine Wort gegen denselben zu beschreiben. Ob ihn, der  
Kammer, nachher in der Fraction und hier sein Verlangen  
Klagen haben werde, das weiß er nicht. Seine Verhältnisse in  
der Fraction eingehend besprochen, wies Herr Jörg u. a., daß  
er von dem Moment an, wo die 7 Extremen aus der Fraction  
ausgetrieben, eine rechte Verfassung in derselben möglich war. Kritiker  
ist es nicht als Coalition genommen, welche er nicht wohl den Aus-  
bau gebracht, mehr in eine Nationalfraktion, als in eine Ab-  
sonderungstraction gepreßt hätte. Das von den Extremen bei der Ver-  
einigung in Neuzugung aufgeführte Wahlprogramm ist deshalb un-  
annehmbar, weil alle in denselben aufgeführten Forderungen  
nicht alle berechtigt, sondern auch als „rehabilitir“ bezeichnet  
werden. Man sollte bei den Wählern doch nicht überleben, daß die  
Competen, das bairische Volk, eine sehr bedauerliche Forderung  
ist und daß dieselbe gerade in Bezug auf die entscheidenden Be-  
dürfnisse unserer Zeit eine sehr einschneidende ist. In der Schul-  
frage seien die bairischen Kammer nicht bis jetzt noch  
competent, aber auf wie lange noch? Ob habe ja der Reichs-  
tagler nicht bereit und bestimmt die Rechte gelassen, die  
Schulen auf das Reich zu übernehmen und dieselben durch ja  
Staat und Reichthümer zu machen. Wenn Schluß seiner von  
einzelnen Bräutern bezeugen Rede siehe Herr Jörg die Frage  
auf: „Was können die bairische Kammer und eine katholisch-  
bairische Majorität noch thun und leisten?“ und beantwortete dieselbe  
habe: „Sie kann und muß das Beste erstreben; sie kann und  
hat sich geschlossen werden, um das Schlimmste zu vermeiden; sie  
kann und soll die Hände auf den Gehirnen legen lassen, insofern  
nicht schon das Reich im Gehirnen drinnen ist und das bairische  
nicht herauskommen ist, und sie soll von der katholischen und

bairische Sache besser stellen erstreben, die, so Gott will, denn doch  
auch noch kommen werden.“

Das war der Schlußanfang des Herrn Jörg, der den  
Wahlkreis Landshut seit 16 Jahren in der bairischen Kammer  
vertrat und der auch Mitglied des deutschen Reichstages  
und während fünf Jahre des deutschen Reichstages war.

Barburg, die freirechtliche Wählerei, ist kürzlich durch  
ein nadelnches überaus großes Attentat der Socialdemo-  
kraten in Ansehung verlegt worden. In der Nacht vom  
Sonntag auf Montag sind nämlich zahlreiche Blätter  
socialdemokratischen Inhalts in die Häuser zur großen Menge  
Ueberwachung der freirechtlichen Wählerei gebracht worden.  
Ganze Pakete der Blätter, welche vier Seiten umfaßt und  
die beständigen Angriffe gegen die Justiz enthält, fand man an den  
Jäger-Schießständen und auf dem Markbacher Wege. Ueber  
den Verbreiter derselben ist noch Nichts bekannt, man vermuthet  
aber, daß derselbe aus dem nahen Frankfurt kommt.

Am heutigen Tage, den 14. Juli, begeht Frankreich  
sein „Nationalfest“, als am Jahrestage der Verkündung  
der Verfassung, dem Geburtsstage der Revolution und der Re-  
publik. Die Männer des heutigen Regimes haben diesen  
Tag als Ersatz für die Festlichkeiten des Napoleonstages  
(15. August) eingezogen. Man muß sagen, daß die heutigen  
Erben des Kaiserreichs sich auf den Charakter des französischen  
Volks nicht minder gut verstehen als die Napoleoniden; auch  
sie bieten ihm panem et circenses, d. h. Verdienst und Gehör;  
Das französische Temperament ist trotz aller trüben Er-  
fahrungen ein heiteres geblieben; es zeigt bei aller Arbeits-  
samkeit und Geschäftigkeit ja glänzenden Schaulustigkeiten,  
zu lauzigen Spiel und vergnüglicher Zerstreuung. Diesen  
nationalen Trieben tragen auch die Staatsmänner der Gegen-  
wart Rechnung, indem sie sich zugleich zur Befriedigung der  
republikanischen Gesinnungen bedienen. Das hat neue  
Nationalfeste bereits eingeleitet, beginnt, obwohl es in  
diesem Jahre erst zum zweiten Male gefeiert wird, beweisen  
die allseitigen und umfassenden Festvorstellungen, die diesmal  
nicht nur in Paris, sondern in ganzen Lande getroffen  
wurden. Ein gutes Zeichen für die Popularität des Reichs  
erblickt die „Republique française“ in der selbstthätigen Will-  
kür der Bürger, die sich überall bei den Paraden  
zum Vorschein zeigen.

Am Freitag ist, wie bereits gemeldet wurde, der Versuch  
gemacht worden, französische Truppen in der tunesischen  
Provinz Sfax zu landen, was jedoch von den her-  
beigeeilten Arabern vereitelt worden ist. Diese Thatsache,  
welche in den offiziellen Nachrichten verweigert wurde, erzählt  
auch den in Paris eingetroffenen Privatbesprechungen. Es bedauert  
sich auch, daß die von Sfax aus den französischen Schiffen  
beschießenden tunesischen Truppen ganz offen ihre Sympathien  
mit den Insurgenten ausgedrückt haben, so daß befürchtet  
werden mußte, dieselben werden nach der Ausschiffung zu den  
Insurgenten übergehen. Deshalb ist die Rückführung dieser  
„Feldtruppen“ nach Tunis beschlossen worden. Die franzö-  
sische Panzerflotte hat Toulon verlassen und ist vielleicht schon  
an der tunesischen Küste eingetroffen. — Aus Oran wird  
ein blühender Streit zwischen spanischen Arbeitern und  
französischen Nationalen berichtet, wobei die Waffen der  
spanischen Hafen Nationalisten spanischen Reiches ihren An-  
führer beizubringen. Dieser Vorfall wird die bereits in Spanien  
herrschende Unklarheit gegen Frankreich noch verschärfen.  
— Laut Bericht aus Algier möchte Du-Ramens am  
9. d. M. mit etwa Tausend Arabern zwei verheerliche An-  
griffsversuche auf Alger, das von drei italienischen Compagnien  
verteidigt wurde. Die Kaufleute dieser Gegend sind — so wird  
wenigstens offiziell aus Paris berichtet — unter einem  
Verlust von 250 Mann in südlicher Richtung eiligst zurück.  
Die französische Regierung jachtet eine höchst be-  
merkenswerthe Specie des Staatscommunards. Der große  
Blüher und Petroleum Triquet, der berühmte Triquet,  
der amnestierte Communard und grüme Feind des Opportunismus,  
hat sich „unterworfen“; der General von Paris  
hat ihm die eigens für ihn geschaffene Einmündung eines „depar-  
tementalen Materialien-Inspector“ mit 2000 francs verliehen.  
Es ist denn also auch Triquet an Gambetta verfallen,  
auch er wird nun das „Vord des Opportunismus offen“!  
Die Roth hat den durch einen zehnjährigen Aufenthalt in  
Rumänien krieglich gewordenen Mann, dessen Schwand-  
Gewerbe nicht mehr genug, französischen, die „Vorder“ des  
Beamten der heutigen Regierung angenommen. Den Antragsantrag war es begrifflicher Weise  
höchst fatal, daß Triquet aus den Händen des Opportunismus  
Stelle und Gehalt angenommen, doch sie helfen sich, indem  
sie Triquet mehr als ein Opfer hinstellen und ihn als einen  
Märtyrer der Verhältnisse bezeichnen. „Es bleibt ihm die  
Ehre seiner Vergangenheit“ — schreiben die rechten Wähler —  
und er sieht trotzdem höher da als die, welche ihn jetzt be-  
spödeln oder welche ihn verpödeln.“ Immer um je denfalls  
aber hat Gambetta sich gefügt einen gefährlichen Widers-  
acher seiner Wiederwahl in Belleville zum zum Schwinde  
gebracht; aus dem neuen Communard ist jetzt ein vom  
Budget gehender Monsieur l'inspecteur und Staatscom-  
munard Triquet geworden.

Die belgische Repräsentantenkammer hatte be-  
sonnlich beschlossen, daß die Abstammung über die händigen  
Katholiken am Dienstag stattfinden solle. Herr Jacobs hat  
noch einmal gegen den Gesetzesentwurf und zu Gunsten des  
Wahlensuf gesprochen, aber nicht besonders bemerkens-  
werth verprochen. An die Frage wegen des Census knüpfte  
darauf Herr Dantons, der eifrige Verfechter für das all-  
gemeine Stimmrecht, eine glänzende Rede an. Er protestirte  
gegen jeden Verzicht der Linken abtrünnig werden  
lassen, daß die Progressiven eine Coalition und gegen den Vor-  
wurf, daß sie erinnere daran, daß sein Antrag nur die mögliche  
Anwendung eines Grundgesetzes sei, welchen schon der National-  
congress von 1831 und der Congress von 1848 proclamirt und die  
Association Libérale von Verviers in ihr Programm aufgenom-  
men habe. Er hält jedoch eine Verbindung mit dem Wini-  
sterium für möglich. Eine Trennung im Ministerium über  
diese Frage würde zum Sturz der liberalen Partei führen,  
„aber wir wollen nicht das Ministerium fürzen, wir wollen  
es aufrecht halten und führen.“ Er will sich sogar mit der  
Vertagung der Frage bis zur nächsten Session zufrieden geben,  
aber das Ministerium solle die öffentliche Meinung nicht gegen  
die Progressiven einnehmen durch die Drohung, daß die  
Katholiken aus der Regierung ausgetrieben werden. Wenn eine Wini-  
sterialcoalition eintritt, so wäre doch noch ein Ueberwindlich möglich.  
Die liberale Partei würde immer noch stark bleiben, und es würde  
zur Beweisen sein, daß in der belgischen Volkvertretung unab-  
hängige Männer seien, die nicht auf Befehl eines Ministeriums